

# SEND- WAHLPRÜFSTEINE ZUR BUNDESTAGS- WAHL 2021



Berlin, den 14.09.2021

In diesem Dokument sind die Antworten von CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen auf unsere Wahlprüfsteine im Wortlaut wiedergegeben.

**Wichtiger Hinweis:** Für unsere Bewertung haben wir alle Antworten der jeweiligen Parteien berücksichtigt. An einigen Stellen stehen die relevanten Punkte für unsere Einschätzung teilweise in Antworten auf andere Fragen! Der Blogbeitrag ist hier zu finden:

<https://www.send-ev.de/2021/09/14/wahlpruefsteine-was-koennen-social-entrepreneurs-von-den-parteien-erwarten>

## SOZIALE INNOVATIONSSTRATEGIE & KOORDINATION

*Wir fordern den Aufbau einer kohärenten Sozialen Innovationsstrategie, eine ressortübergreifende Koordinationsstelle sowie eine öffentlich anerkannte Definition für Social Entrepreneurship, basierend auf den bestehenden Vorschlägen aus Wissenschaft und Praxis. Wie ist Ihre Position dazu?*

### CDU/CSU:

CDU und CSU werden die Hightech-Strategie durch eine soziale Innovationsstrategie ergänzen, um soziale und technologische Innovationen besser miteinander zu verzahnen. Diese Strategie sollte klare Zuständigkeiten und operationalisierte Ziele definieren sowie konkretes, ressortübergreifendes Handeln auslösen.

### SPD:

Wir wollen eine nationale Strategie für die Förderung gemeinwohlorientierter Unternehmen und sozialer Innovationen entwickeln. Diesbezüglich fordern wir ein ressortübergreifendes Konzept der Bundesregierung und mehr koordiniertes Vorgehen der verschiedenen Akteure. Insbesondere müssen Forschung und Entwicklung in diesem zukunftssträchtigen Bereich vorangetrieben werden. Wir fordern daher eine rechtssichere Definition von Sozialunternehmen, die für mehr Klarheit sorgt. Darüber hinaus werden wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, wie zum Beispiel für

Genossenschaften, Sozialunternehmen, Integrationsunternehmen und Unternehmen in Verantwortungseigentum, verbessern.

**FDP:**

Wir Freie Demokraten wollen eine zentrale Koordinationsstelle für soziale Innovationen auf Bundesebene. Diese sollte sich unter anderem mit einer Prüfung einer öffentlich anerkannten Definition von Social Entrepreneurship sowie um den Aufbau einer kohärenten Strategie befassen.

**Die Linke:**

DIE LINKE fordert schon längst bei der öffentlichen Auftragsvergabe, der Bewilligung von Fördergeldern, öffentlichen Krediten sowie Direkthilfen (z.B. Corona-Hilfen) eine enge Bindung der Mittelausgaben an soziale, ökonomische und ökologische Ziele. Über den Einsatz öffentlicher Mittel und damit immer auch Steuergeldern wollen wir eine nachhaltige Wirtschaftsweise und ein soziales Verhalten der Unternehmen wie auch der öffentlichen Verwaltung fördern und die öffentliche Rahmensetzung durch Gesetze und Verordnungen ergänzen. Zur Lösung der anstehenden Probleme des Klimawandels, des Ressourcenschutzes, der Transformation unserer Industrie und Dienstleister sowie der sozialen Spaltung wird eine zielorientierte Mittelvergabe immer entscheidender werden. Folglich können wir uns eine kohärente und konsistente öffentliche Innovationsstrategie vorstellen, die sich an gesellschaftlichen Zielen orientiert und für alle Unternehmensformen gelten soll.

**Bündnis 90/Die Grünen:**

Sozialunternehmen zeigen, dass mit Kreativität und Innovationspotential wirtschaftliche Lösungen für soziale oder ökologische Herausforderungen gefunden werden können, auch wenn es statt um Gewinnmaximierung um gesellschaftliche Rendite geht. Um das Potenzial von Sozialunternehmen besser zu nutzen, wollen wir GRÜNE eine soziale Innovationsstrategie, die die bisherigen und zukünftigen Fördermaßnahmen für Sozialunternehmen in Deutschland zusammenfasst und so überprüfbar aufzeigt, wie Social Entrepreneurship gezielt gefördert und unterstützt wird. Die Verantwortung für die Förderung von Social Entrepreneurship sehen wir unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums, wo entsprechend eine/n Staatssekretär\*in mit der Koordination und gezielter und gebündelter Kommunikation von relevanten Informationen betraut sein soll.

## **FINANZIERUNGS- UND FÖRDERINSTRUMENTE**

*Viele Finanzierungs- und Förderinstrumente der Innovations- und Gründungsförderung schließen Social Entrepreneurs aus und benachteiligen sie damit gegenüber anderen Gründer\*innen. Dazu fehlt es lt. Sustainable Finance Beirat an zielgruppenspezifischen Instrumenten. Wie möchten Sie dies ändern?*

### **CDU/CSU:**

(zu Frage 2 und 4) CDU und CSU wollen prüfen, inwieweit bestehende Programme, wie der ERP-Gründerkredit StartGeld, das EXIST-Gründerprogramm, der High-Tech Gründerfonds oder der INVEST-Zuschuss für Sozialunternehmertum und Soziale Innovationen zugänglich gemacht und auf deren Besonderheiten abgestimmt werden können. Darüber hinaus wollen wir uns für die Erprobung weiterer Finanzierungsmodelle einsetzen, wie einen Nationalen Fonds für Soziale Innovationen.

### **SPD:**

Derzeit gibt es ein unüberschaubares Förderangebot verschiedener Ministerien, die soziale Innovationen und daran beteiligte Akteure unterstützen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten und ein koordinierendes Ressort auf Bundesebene zu bestimmen. Von dem Konzept sollen alle Akteure profitieren, die in dem Ökosystem der sozialen Innovationen aktiv sind. Wir wollen Sozialunternehmen gezielt fördern, die an sozialen Innovationen arbeiten. Für sie sind zielgruppenspezifische Förderprogramme notwendig. Der gesellschaftliche Mehrwert wird bislang nur unzureichend bei den Auswahlprozessen bestehender Förderprogramme berücksichtigt. Viele europäische Nachbarländer gehen hier bereits mit gutem Beispiel voran. So haben etwa Dänemark und Frankreich teilweise neue Finanzierungs- aber auch Unternehmensformen geschaffen. Damit erhalten die Bürgerinnen und Bürger im Ergebnis mehr Raum, um Lösungen für gesellschaftliche und ökologische Probleme zu erarbeiten.

### **FDP:**

Wir Freie Demokraten fordern Reformen im Gesellschaftsrecht für Betriebe, die zugleich gemeinnützig und unternehmerisch tätig sind. Der Bund sollte zudem Pilotprojekte zu „Social Entrepreneurship“ an Schulen und Hochschulen fördern. Die sozialen Herausforderungen erfordern neue zivilgesellschaftliche Antworten. „Social Entrepreneurship“-Unternehmerinnen und -Unternehmer können als Hybride zwischen klassischen Start-ups und traditionellen Non-Profit-Organisationen entscheidend dazu beitragen.

### **Die Linke:**

Es gibt generell keinen Kapitalmangel im Finanzsystem, was die Klagen über die "Niedrigzinspolitik" und fehlende Anlagemöglichkeiten belegen. Gleichzeitig brauchen wir neue Technologien, eine effiziente Digitalisierung, eine gemeinwirtschaftlich Produktions- und Konsumweise und den Umbau der Infrastruktur. Ziel ist ein sozial-ökonomischer Wandel für alle, eine umfassende Krisenprävention und resiliente Systeme. DIE LINKE will deshalb auch die Innovations- und Gründungsfinanzierung neu ausrichten. Allerdings darf die öffentliche Hand nicht als Risikonehmer der letzten Instanz missbraucht werden, damit private Institutionen ihre Geschäftsmodelle weiterführen können und kein Unternehmen darf durch eine noch so wohlklingende Rechtsform bestehende Regeln einfach unterlaufen. Auch hier ist eine Lastenteilung zwingend und wo nötig und sinnvoll, werden wir mit

genossenschaftlichen/gemeinwirtschaftlichen UnternehmerInnen diskutieren und Lösungen suchen.

#### **Bündnis 90/Die Grünen:**

Wir GRÜNE wollen bessere Rahmenbedingungen für die Bereiche der Wirtschaft, in denen langfristige Nachhaltigkeit mehr zählt als kurzfristige Rendite. Für Social Entrepreneurs, Genossenschaften und die Gemeinwohlökonomie wollen wir Benachteiligungen abbauen, zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente schaffen und dafür beispielsweise die Programme der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausweiten und den Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen auch von sozial-ökologischen Wirkungskriterien abhängig machen. Damit gute Ideen nicht an zu wenig Eigenkapital scheitern, führen wir für Gründer\*innen ein unbürokratisches und zinsfreies Gründungskapital von 25.000 Euro ein. Wir wollen flächendeckende und qualifizierte Gründungs- und Finanzierungsberatung in „One-Stop-Shops“ anbieten, die auch die speziellen Unternehmensbedingungen von Social Entrepreneurships berücksichtigen.

## **NACHRICHTENLOSE VERMÖGENSWERTE**

*Deutschland hat als einziges G7-Land keine Regelung für "nachrichtenlose Vermögenswerte". Wir schlagen vor, diese Gelder für einen Social Impact Fonds zu nutzen. Hightech-Forum, Sustainable Finance Beirat und BMWi-Beirat junge digitale Wirtschaft unterstützen dies. Wie ist Ihre Position dazu?*

#### **CDU/CSU:**

Die unionsgeführte Bundesregierung hat zum Thema „nachrichtenlose Vermögenswerte“ eine Studie in Auftrag gegeben. Abhängig von den Ergebnissen werden CDU und CSU in der kommenden Legislaturperiode den weiteren Handlungsbedarf prüfen.

#### **SPD:**

In den G7 Staaten und der Schweiz gibt es derzeit unterschiedliche Regelungen zum Umgang mit dem Vermögen nachrichtenloser Konten. In den USA wird der Umgang mit den sogenannten „dormant accounts“ je nach Bundesstaat unterschiedlich geregelt; oftmals fließen die Gelder den Staatskassen zu. In Kanada, Frankreich und der Schweiz fließen die Gelder ebenfalls in die Staatskasse. In Österreich existieren wie in Deutschland noch keine spezifischen Regelungen. Es gibt in Deutschland erste Überlegungen, ob man die Gelder „nachrichtenloser Vermögenswerte“ für einen Social Impact Fonds nutzen könnte, der dann Sozialunternehmen mit keinen oder nur sehr geringen Gewinnen unterstützt. Wir werden uns dafür einsetzen, den Vorschlag eines Social Impact Fonds nach Klärung wichtiger technischer Fragen (Fristen, Datenschutz, Governance des Zentralregisters, Umgang mit Ansprüchen etwaiger Erben etc.) wohlwollend zu prüfen.

#### **FDP:**

Um die Finanzierungssituation zu verbessern, wollen wir neben einer Öffnung bestehender Förderprogramme eine verlässliche Finanzierung durch einen „Social Impact Fonds“

einrichten, der die Gelder „nachrichtenloser Vermögenswerte“ mobilisiert, ohne die wahren privaten Eigentümerinnen und Eigentümer dieser Gelder zu enteignen oder den Steuerzahler zu belasten.

#### **Die Linke:**

Die gesetzgeberische Lösung des Problems "nachrichtenloser Vermögenswerte" ist überfällig, wobei die Vermögenswerte in der Regel der öffentlichen Hand ohne Zweckbindung zufallen. Die Konstruktion eines "Social Impact Fonds" mag eingängig scheinen, würde aber dessen Finanzierung unsicher und volatil machen und der Umweg über eine Fondsstruktur würde mit unnötigen Kosten verbunden sein. DIE LINKE plädiert für eine veränderte Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Die Mehrheit werden wir entlasten und die Minderheit nach Leistungsfähigkeit stärker belasten. Wir stehen für ein Ende der fatalen Kürzungspolitik ("Schwarze Null") und den Abbau unsinniger Subventionen und Fördermitteln, die sozial-ökologischen Zielen widersprechen. So lassen sich öffentliche Investitionen und unserer Infrastruktur krisenfester modernisieren und gemeinwirtschaftlicher Projekte dann auch dauerhaft stabil und kosteneffizient finanzieren.

#### **Bündnis 90/Die Grünen:**

Wir GRÜNE unterstützen diese Idee und wollen nicht genutzte Guthaben auf verwaisten Konten – sofern keine Erbensprüche vorhanden sind – für einen Fonds nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert.

## **CLUSTER SOZIALE INNOVATIONEN**

*Wir fordern die Entwicklung interdisziplinärer Cluster entlang gesellschaftlicher Herausforderungen sowie den bundesweiten Aufbau sozialer Innovationszentren. Bestehende Programme zur Gründungsförderung müssen an die Bedarfe von Social Entrepreneurs angepasst werden. Wie ist Ihre Position dazu?*

#### **CDU/CSU:**

*(Hinweis SEND: Unsere Bewertung erfolgte u.a. auf Grundlage von Antwort der Frage 7!)*  
(zu Frage 2 und 4) CDU und CSU wollen prüfen, inwieweit bestehende Programme, wie der ERP-Gründerkredit StartGeld, das EXIST-Gründerprogramm, der High-Tech Gründerfonds oder der INVEST-Zu-schuss für Sozialunternehmertum und Soziale Innovationen zugänglich gemacht und auf deren Besonderheiten abgestimmt werden können. Darüber hinaus wollen wir uns für die Erprobung weiterer Finanzierungsmodelle einsetzen, wie einen Nationalen Fonds für Soziale Innovationen.

#### **SPD:**

Für die Förderung einer sozialökologischen und digitalen Transformation unserer Wirtschaft gibt es bereits dezentrale Strukturen – wir wollen sie zu Transformationszentren als Werkstätten des Wandels bündeln und weiterentwickeln, die sich sowohl an etablierte Unternehmen als auch an Sozialunternehmen und nicht-exit-orientierte Start-ups sowie an Beschäftigte, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft richten. Sozialunternehmen heben sich

aber nicht nur durch ihren besonderen Blickwinkel von anderen Unternehmen ab, sondern auch durch die für sie bestehenden erschwerten Bedingungen. Auch wenn es heißt, ein Förderprogramm sei ‚offen für Sozialunternehmen‘, belegt die Praxis oft das Gegenteil. Wir fordern daher eine rechtssichere Definition von Sozialunternehmen, die für mehr Klarheit sorgt. Im nächsten Schritt müssen entsprechende Förderprogramme aufgesetzt und effektiv überwacht werden. Zudem brauchen Sozialunternehmer stärkere Netzwerke, mehr Öffentlichkeit und bessere Infrastrukturen.

#### **FDP:**

Wir Freie Demokraten unterstützen den Aufbau Sozialer Gründer- und Innovationszentren und wollen bestehende Programme an die Bedarfe anpassen.

#### **Die Linke:**

Deutschland hat eine exzellente Infrastruktur wirtschaftsnaher Forschung und Entwicklung. DIE LINKE unterstützt diese Institutionen und will Innovationscluster und Gemeinschaftsprojekte stärker als einzelne Unternehmen fördern. Falsch ist es aus unserer Sicht, dass die öffentliche FuE-Förderung zu sehr auf den Bedarf exportorientierter Großunternehmen zugeschnitten ist und soziale, ökologische und ökonomische Aspekte (u.a. regionale Wirtschaftskreisläufe, resiliente Wertschöpfungsketten, Kreislaufwirtschaft) unterbelichtet sind. Wir fordern alternativ eine stärkere KMU-Orientierung der Forschungsförderung und wollen die Programme öffentlicher Förderbanken wie der KfW und insbesondere von KfW Capital stärker an den marktnahen Innovationsstufen ausrichten. Insgesamt spielen für uns dabei genossenschaftlichen sowie gemeinwirtschaftliche Ansätze eine zentrale Rolle.

#### **Bündnis 90/Die Grünen:**

Große Probleme können nur gemeinsam und umfassend gelöst werden. Wir wollen deshalb die Förderpolitik des Bundes an den VN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) und missionsorientiert ausrichten. Wir GRÜNE wollen regionale Gründungszentren, bundesweite Akademien und Netzwerke für Social Entrepreneurship gezielt fördern, um Beratungs-, Qualifizierungs- und Unterstützungsleistungen zu erweitern und soziale/nichttechnische Innovationen in der Breite der Innovationsförderung förderfähig zu machen. Programme wie EXIST und GO Bio wollen wir ausbauen und erweitern und damit neue Fördermöglichkeiten für Social Entrepreneurship schaffen.

## **RECHTSFORM**

*60% der Sozialunternehmer\*innen bemängeln die Wahl einer adäquaten Rechtsform. Eine Umsetzung vom Rechtsformvorschlag der Stiftung Verantwortungseigentum sowie eine Weiterentwicklung von Genossenschaften im Einklang mit der Digitalisierung würde Abhilfe schaffen. Wie ist ihre Position dazu?*

**CDU/CSU:**

Aktuell sehen CDU und CSU keinen dringenden Bedarf für eine neue Rechtsform für Unternehmen.

**SPD:**

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften, wie zum Beispiel für Genossenschaften, Sozialunternehmen, Integrationsunternehmen und Unternehmen in Verantwortungseigentum, werden wir verbessern. Wir unterstützen daher die Idee einer neuen Rechtsform für Verantwortungseigentum. Wir werden außerdem prüfen, in wie fern die Gründung von gemeinwohlorientierten Genossenschaften erleichtert werden kann, bspw. durch die Reduzierung externer Prüfungspflichten.

**FDP:**

Wir Freie Demokraten sehen das Bedürfnis für eine rechtliche Gestaltungsoption, um unternehmerische Tätigkeit mit einem dauerhaften Verbleib der Gewinne im Unternehmen („Asset Lock“) zu verbinden. Wir wollen prüfen, welche Wege im Gesellschafts- oder Stiftungsrecht dafür sinnvoll erscheinen. Damit dürfen jedoch keine steuerrechtlichen Privilegierungen oder sonstigen Vorteile verbunden sein.

**Die Linke:**

Aus unserer Sicht ist eine grundlegende Reform von Kapitalgesellschaften überfällig. Deshalb begrüßt DIE LINKE die Ideen und die Vorschläge der Stiftung Verantwortungseigentum - insbesondere den vorgelegten Gesetzentwurf für eine "Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit gebundenem Vermögen". Die Vorschläge konzentrieren sich jedoch auf eine Bindung des Gesellschaftsvermögens sowie Begrenzungen der Übertragbarkeit von Gesellschaftsanteilen, was für uns nur ein erster Schritt ist um Unternehmen im Rahmen des sozialökologischen Wandels weiterzuentwickeln. Dabei müssen sowohl erprobte Modelle wie die eingetragene Genossenschaft als auch neue Vorschläge auf ihre Tauglichkeit geprüft werden. Für uns ist die reale Beteiligung von Beschäftigten am Unternehmen entscheidend, da hierüber die üblicherweise langfristigen Interessen der Belegschaft die Basis einer nachhaltigen Neuausrichtung des Unternehmens und finanziellen Partizipation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein kann.

**Bündnis 90/Die Grünen:**

Wir GRÜNE setzen uns für eine geeignete Unternehmensrechtsform für solche Unternehmen ein, die von den Unternehmer\*innen nicht als ihr persönliches Eigentum betrachtet werden (Verantwortungseigentum, ohne Gewinnentnahme, nicht verkauf- oder vererbbar) und wollen prüfen, wie das Genossenschaftsrecht an die speziellen Anforderungen von Social Entrepreneurs zeitgemäß angepasst werden kann. Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierten und am Gemeinwohl orientierten Unternehmen.

## ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG

*Öffentliche Beschaffung bietet großes Potenzial zur Förderung sozialer Innovationen. Wir fordern die Entwicklung von sozial-ökologischen Kriterien und einen bindenden Anteil dieser bei der öffentlichen Vergabe. Innovative Lösungen sollen besser berücksichtigt werden. Wie ist Ihre Position dazu?*

### **CDU/CSU:**

Wir müssen es schaffen, dass öffentliche Aufträge schneller, effizienter und einfacher vergeben werden. Wir werden eine bundesweit einheitliche vergaberechtliche Regelung schaffen. Die unterschiedlichen Wertgrenzen für beschränkte Ausschreibungen, freihändige Vergaben und Verhandlungsvergaben und Direktaufträge in den Ländern müssen vereinheitlicht und auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden. Betriebe müssen sich schnell und einfach auf öffentliche Aufträge bewerben können. Deshalb werden wir die E-Vergabe vereinheitlichen und die Vergabe öffentlicher Aufträge für Liefer-, Bau- und Dienstleistungen auf elektronischem Weg stärker vorantreiben.

### **SPD:**

In Deutschland werden gegenwärtig jährlich über 300 Milliarden Euro im Rahmen der öffentlichen Auftragsvergabe umgesetzt. Gerade die öffentliche Hand muss als große Abnehmerin von Produkten und Dienstleistungen Verantwortung übernehmen. Wir werden die öffentliche Beschaffung so ausrichten, dass sie Innovationsimpulse setzt und den Zielen des sozial-ökologischen Wandels dient. Hierfür sollten die Vergabekriterien stärker auf Innovation, Tarifbindung, Geschlechtergerechtigkeit und klimafreundliche Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Produktentwicklungen müssen sich auf den Staat als Nachfrager verlassen können.

### **FDP:**

Für die Entstehung eines vitalen Ökosystems wollen wir Freie Demokraten eine gleichwertige Integration in das Vergabewesen der öffentlichen Hand unterstützen.

### **Die Linke:**

DIE LINKE steht für eine Modernisierung des Vergaberechts mit dem der qualitative Spielraum des europäischen Vergaberichtlinienpakets ausgeschöpft wird. Verstöße gegen Umwelt-, Arbeits- und Sozialrecht sind für uns Ausschlussgründe bei der Vergabe von Aufträgen und Konzessionen. Verstöße sind allen Vergabestellen des Bundes, der Länder und Kommunen über ein Register bekannt zu machen und auch die Subunternehmervergabe ist zu kontrollieren und sanktionieren. Perspektivisch wollen wir eine sozial-ökologische Wirtschaftskammer einrichten, die regionale Leuchtturmprojekte und Unternehmensgründungen im Bereich solidarischer Ökonomie durch Beratung und finanzielle Förderung unterstützt. Schließlich stehen wir für strenge Vorgaben in Bezug auf Arbeits- und Umweltschutz in den Herstellerländern, Langlebigkeit und Reparierbarkeit. Unternehmen, die gegen ihre Sorgfaltspflicht in der Lieferkette verstoßen, sind von öffentlichen Aufträgen und der Außenwirtschaftsförderung auszuschließen.



### **Bündnis 90/Die Grünen:**

Wir GRÜNE wollen die öffentliche Beschaffung insgesamt konsequent auf die ressourcenschonendsten und sozial verträglichsten Produkte und Dienstleistungen ausrichten und dabei auch die Innovationsorientierung stärken. Damit junge Unternehmen leichter Zugang zu öffentlichen Vergabeverfahren bekommen, wollen wir Vergabeverfahren und Regeln zur Eignungsprüfung vereinfachen. Innovationen müssen missions-orientiert vorangetrieben werden. Technische, soziale und ökologische Innovationen, die auch in der sozial-ökologischen Forschung verbunden sind, sind für uns gleichwertig. Wir wollen die dringend notwendige nachhaltige Transformation auch durch den Auf- und Ausbau von Forschungsverbänden und -infrastrukturen in Deutschland und Europa vorantreiben.

### **OPEN SOCIAL INNOVATION**

*Um Experimentierräume für Politik und Verwaltung zu schaffen, in denen neue Ideen risikoarm erprobt werden können, fordern wir den Ausbau von Open Social Innovation Prozessen, bei denen Zivilgesellschaft, Verwaltung und privater Sektor gemeinsam an Lösungen arbeiten. Wie ist Ihre Position dazu?*

### **CDU/CSU:**

CDU und CSU sprechen sich dafür aus, dass Bund und Länder eine gemeinsame Programmlinie für Soziale Innovations- und Gründungszentren aufbauen. Diese Art von Begegnungs- und Experimentierräumen hat das Ziel, den unterschiedlichen Akteuren die Möglichkeit zu bieten, sich leichter zu vernetzen, voneinander zu lernen und gemeinsame Projekte zu realisieren. Die Gründungszentren sollten vor allem an Hochschulen etabliert werden, um die Gründung von Start-ups aus Hochschulen im Bereich der Sozialen Innovationen stärker zu fördern. Zudem sollen sich bestehende Zentren, die sich auf technologische Innovationen konzentrieren, mit den neuen Sozialen Innovations- und Gründungszentren vernetzen.

### **SPD:**

Wir wollen vorausschauender, wirksamer, agiler und nachhaltiger regieren und dabei mehr Transparenz, mehr Beteiligung, mehr Demokratie wagen. Das Silodenken der politischen Ebenen und Ressorts wollen wir überwinden und innovativ Regierungsprojekte in Plattformen organisieren. Denken außerhalb alter Muster ist gefragt. Wir brauchen eine Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst und eine bessere Zusammenarbeit der Verwaltung. In die Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Projekten wollen wir wissenschaftliche und wirtschaftliche Expertise, Verbände und die Zivilgesellschaft einbinden und das Parlament in seiner Kontrollfunktion stärken. Die Prinzipien offenen Regierungshandelns - Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit - sind für uns handlungsleitend. Wir werden die Nationalen Aktionspläne im Rahmen der Open Government Partnership Deutschlands umsetzen und weiterentwickeln.

**FDP:**

Die Modernisierung von Politik und Verwaltung durch Digitalisierung und organisatorische Neuaufstellung ist essentiell, um unseren Staat fit für die Zukunft zu machen und daher ein Kernaspekt unseres Wahlprogramms. Es gilt, Verwaltungsstrukturen und -prozesse zu modernisieren, zu beschleunigen und zu verschlanken. Damit die dafür notwendigen, frischen Ideen nicht nur entstehen, sondern vor allem auch schnellstmöglich erprobt werden können, muss die Verwaltung experimentierfreudiger werden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen geben dies aber häufig gar nicht her. Wir setzen uns daher zum Beispiel für die Schaffung sogenannter verwaltungsübergreifender Experimentierklauseln ein (vgl. BT-Drs. 19/22182). Dies würde unter anderem auch den Ausbau von Open Social Innovation Prozessen und die Testung neuer Ideen erleichtern.

**Die Linke:**

DIE LINKE will einen umfassenden Umbau der Produktion und Dienstleistungserbringung hin zu mehr Ressourcenschutz, sozialer Integration und regionaler Kreislaufwirtschaft. In dieser Hinsicht sind in transparenten demokratischen Verfahren mehr "Stakeholder" einzubinden und deren Vorstellungen umzusetzen. Wir fördern entsprechende Projekte (u.a. Energiegenossenschaften, Bürgerenergie, Wohn- und Baugenossenschaften, stationärer Handel, Kultureinrichtungen) und fordern vom Gesetzgeber erstens eine stärkere finanzielle Unterstützung, um die Lebensverhältnisse zwischen den Bundesländern als auch zwischen Regionen und Metropolen anzugleichen. Zweitens brauchen wir - wo sinnvoll - die Änderung von Rechtsformen, Gesetzen und Vorschriften, um andere Unternehmen und die Zusammenarbeit der Stakeholder zu fördern und nicht zu behindern.

**Bündnis 90/Die Grünen:**

Wir GRÜNE wollen Formate wie Experimentierräume und Reallabore besonders fördern. Hier sollen alle Akteur\*innen der Gesellschaft miteinander kooperieren können. In den Behörden sollen Innovationseinheiten eingerichtet werden, die Kooperationen zwischen Verwaltung, Forschung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft herstellen. Die Verwaltung soll durch eigenverantwortliche Reallabore ihre eigenen innovativen Potenziale erkunden und im Erfolgsfall in den Regelbetrieb überführen.

**SCHNITTSTELLE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG**

*Social Entrepreneurs können Wege aufzeigen, unsere gesellschaftlichen Systeme fit für die Zukunft zu machen. Um die Anschlussfähigkeit zur öffentlichen Verwaltung zu stärken, fordern wir Schulungen für beide Seiten und den Aufbau organisationaler Schnittstellen. Wie ist Ihre Position dazu?*

**CDU/CSU:**

Um die Potenziale, die in Sozialer Innovation und in Social Entrepreneurship liegen, langfristig zu heben, müssen wir die Kooperation zwischen Sozialunternehmerinnen und Sozialunternehmern und dem Staat verbessern. Nur so wird es uns gelingen, das Innovationspotenzial auch für die Lösung der großen Herausforderungen unseres Landes

nutzbar zu machen und den Wissenstransfer zwischen beiden Seiten zu verbessern. Wir haben bereits aktuell 6,5 Millionen Euro im Bundeshaushalt verankert, um genau diese Schnittstelle zu verbessern und werden diese Arbeit konsequent fortsetzen.

#### **SPD:**

Die Leistungsfähigkeit einer Verwaltung zeigt sich gerade auch in ihrer Fähigkeit, die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig einzubeziehen. Wir werden offene Formate entwickeln, bei denen Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen eingeladen werden, um gemeinsam an Lösungsideen für gesellschaftliche Probleme zu arbeiten. Wir wollen die Bedingungen schaffen, damit von Bürgerinnen und Bürgern geschaffene Innovationen besser in bestehende Systeme integriert werden, beispielsweise durch Sabbaticals für Soziale Innovationen.

#### **FDP:**

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass die vielfältigen, neuartigen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit entsprechende Antworten erfordern. „Social Entrepreneurship“-Unternehmerinnen und –Unternehmer als Akteur zwischen klassischen Start-ups und traditionellen Non-Profit-Organisationen können ein ganz entscheidendes Element dieser Antworten sein. Daher fordern wir insbesondere den Aufbau organisatorischer Schnittstellen auf verschiedenen Ebenen. So wollen wir etwa eine zentrale Koordinationsstelle für soziale Innovationen auf Bundesebene schaffen. Weiterhin wollen wir für eine gleichwertige Integration von „Social Entrepreneurship“ in das Vergabewesen der öffentlichen Hand sorgen, den Aufbau Sozialer Gründer- und Innovationszentren unterstützen und Pilotprojekte zu „Social Entrepreneurship“ an Schulen und Hochschulen fördern.

#### **Die Linke:**

Eine effiziente und kundenfreundliche öffentliche Verwaltung ist für uns entscheidend, die es aber nicht zum Nulltarif gibt! DIE LINKE lehnt deren permanente Unterfinanzierung ab und steht für einen klaren Modernisierungskurs. Nicht nur, um die die Zusammenarbeit von Unternehmen und Verwaltung zu verbessern und die bürokratischen Lasten für alle rapide zu senken, sondern auch um die positiven Effekte der Digitalisierung zu nutzen und so die MitarbeiterInnen zu entlasten, zu stärken und zu motivieren. Hierzu braucht es zwingend eine gut ausgebaute und ausgestattete öffentliche Verwaltung. Letzteres gelingt nur durch eine funktionsfähige digitale Vernetzung auf allen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen), wozu wir 10 Mrd. Euro pro Jahr zusätzlich investieren wollen. Werden die technologischen Voraussetzungen nicht geschaffen und kein motiviertes Personal eingestellt, sind weitere organisatorische Aufgaben durch die Verwaltung gar nicht zu bewältigen - so wichtig und richtig sie sein mögen.

#### **Bündnis 90/Die Grünen:**

Wir GRÜNE fordern die Einführung von Innovationseinheiten und agilen Projektteams in den Behörden, die die behördliche Zusammenarbeit sowie der Ermöglichung innovativer

Ansätze voranbringen. Die Behörden sollen eng und transparent mit Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, sich untereinander vernetzen sowie neue Ideen testen. Dabei spielen Social Entrepreneurs als Impulsgeber\*innen eine wichtige Rolle. Mitarbeitende und Beamt\*innen der öffentlichen Verwaltung sollen außerdem in ihrer Expertise und Kreativität, etwa durch Fortbildungen, gefördert und gestärkt werden. Außerdem verweisen wir auf die Antwort auf Frage 7.

Autorin: Pablo Hoffmann

Kontakt: SEND - Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland e. V.  
c/o Bundesverband Deutsche Startups e. V.  
im Haus der Bundespressekonferenz  
Schiffbauerdamm 40  
10117 Berlin

Telefon: 030 / 64477658

E-Mail: [pablo.hoffmann@send-ev.de](mailto:pablo.hoffmann@send-ev.de)

[www.send-ev.de](http://www.send-ev.de)